

25 Jahr NW Städte- und Gemeindebund

Die Wurzeln des Städte- und Gemeindebundes

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Friedrich Wilhelm Heinrichs,
Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund, Düsseldorf

I. Vorbemerkung

Die Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen von seiner Gründung bis heute ist untrennbar mit der Entwicklung der Städte und Gemeinden verbunden. Der Wiederaufbau nach Kriegsende, der Auf- und Ausbau der Infrastruktur und die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land sind Leistungen, die im engen Zusammenwirken zwischen Bürgern, Land und Gemeinden erreicht wurden.

50 Jahre NRW bedeuten auch 50 Jahre Arbeit der kommunalen Spitzenverbände. Dabei soll in erster Linie auf die Arbeit für den kreisangehörigen Raum tätigen Verbände eingegangen werden, nämlich

- Städtebund Nordrhein-Westfalen,
- Gemeindetag Westfalen-Lippe,
- Gemeindetag Nordrhein.

Diese drei Verbände sind die Wurzeln des Städte- Gemeindebundes, der 1971 seine Arbeit aufnahm und in diesem Jahr auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken kann.

II. Die Neugründung der kommunalen Spitzenverbände

1. Entwicklung der Verbände nach 1945

Nachdem der nationalsozialistische Deutsche Gemeindetag durch die Besatzungsmächte aufgelöst worden war, ergab sich für die 1933 gleichgeschalteten kommunalen Spitzenverbände wieder eigener Handlungsspielraum. Die schier unlösbaren Aufgaben des Flüchtlingsproblems, der Wohnraumnot, des Schulwesens, des Straßenbaues, wie überhaupt des gesamten kommunalen Lebens, mußten von den Städten und Gemeinden gemeistert werden. Es lag in der Natur der Sache, daß gerade die kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit zum Teil völlig neuen Verwaltungsleitern und neuen Gemeindevertretungen die in der Vergangenheit bewährten kommunalen Spitzenverbände dringend als Ratgeber brauchten.

a) Städtebund

Ende November 1945 rief Bürgermeister Breuer, Werden, zur Neugründung

des Städtebundes auf. Breuer war lange Jahre über der letzte Vizepräsident des Reichsstädtebundes gewesen und schlug, dem Drängen vieler Städte nachgebend, vor, einen neuen Städtebund ins Leben zu rufen. Sein Aufruf fand ein bemerkenswert großes Echo. Am 25. Juli 1946 erteilte die Militärregierung in Düsseldorf die vorläufige Arbeitserlaubnis.

Beigeordneter a.D. Dr. Kottenberg, früher langjähriger Beigeordneter des Reichsstädtebundes in Berlin, übernahm den Aufbau der Hauptgeschäftsstelle, die zunächst in Ratingen ihren Sitz hatte. Zu den Männern der ersten Stunde gehörten u.a. die späteren Beigeordneten des Städte- und Gemeindebundes Dr. Richard Schmidt und Klaus Litzenburger.

b) Gemeindetag Westfalen

Am 10. Januar 1947 traten in Soest mehr als 200 Bürgermeister, Amts- und Gemeindedirektoren als Beauftragte ihrer gewählten Körperschaften zur Gründungsversammlung des Gemeindetages Westfalen zusammen. Vorsitzender wurde der frühere Landtagsabgeordnete Amtsdirektor Rautenberg in Blankenstein/Ruhr, Geschäftsführer Verwaltungsrechtsrat Dr. Odenbreit. Die Geschäftsstelle nahm ihren Sitz in Datteln in Westfalen. Aus Anlaß des 10jährigen Be-



Verbandsgebäude des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes von 1962 bis 1969

stehens des Gemeindetages Westfalen konnte der Geschäftsführer 1957 berichten, daß die Geschäftsstelle seit 5 Jahren ein eigenes Gebäude hat, das inzwischen schuldenfrei ist, obwohl der Mitgliedsbeitrag von 5 Pf/Einwohner seit 5 Jahren unverändert ist und der Preis- und Lohnspirale nicht folgte.

Noch eines ist bemerkenswert hervorzuheben: Obwohl das Land Lippe erst ein Jahr später dem Land Nordrhein-Westfalen beitrat, arbeiteten die Vertreter der Städte und Gemeinden in den Kreisen Detmold und Lemgo von Anfang an im Gemeindetag Westfalen mit. Hier waren also Verbindungen geknüpft, die sicherlich nicht unwesentlich die Entscheidung der Lipper für den Zusammenschluß mit Rheinland und Westfalen beeinflusst haben.

c) Gemeindetag Nordrhein

Auch im Rheinland kamen frühzeitig einige alte Verbandspolitiker zusammen, um sich über das Wiederaufleben ihres früheren kommunalen Spitzenverbandes schlüssig zu werden.

Im August 1946 wurde in Grafenwerth beschlossen, die Lösung des verbandspolitischen Problems dem früheren Vorsitzenden des Rheinischen Gemeindetages, Bürgermeister a.D. Nücker, Königswinter, zu übertragen. Ganz bewußt wählte der neue Spitzenverband die Bezeichnung „Gemeindetag“, um damit klarzustellen, daß der frühere Begriff „Landgemeinde“ durch den Strukturwandel in den letzten Jahrzehnten in seiner ursprünglichen Bedeutung längst überholt war und viele früheren Landgemeinden sich von

den kreisangehörigen Städten und Gemeinden nicht mehr unterscheiden.

Im Oktober 1947 wurde der frühere Geschäftsführende Präsident des Preußischen Landgemeindetages West, Dr. Josef Göb, einstimmig zum Geschäftsführer bestellt. Unter seiner Leitung wurde die Geschäftsstelle des Verbandes im Alten Rathaus in Bad Godesberg eingerichtet. Es begann die Ära Göb.

Im Jahre 1950

wurde eine sehr wichtige verbandspolitische Entscheidung getroffen: Das Präsidium des Deutschen Gemeindetages übertrug die Geschäftsführung des Verbandes Dr. Josef Göb. Dadurch wurde eine Personalunion zwischen dem Deutschen Gemeindetag und dem Gemeindetag Nordrhein herbeigeführt.

2. Schwerpunkte der Kommunalpolitik

Der Wiederaufbau in den zerstörten Städten, die Unterbringung von Flüchtlingen, die Stärkung der Verwaltung- und Finanzkraft sowie der Aufbau eines leistungsfähigen Schulwesens, bestimmten die Schwerpunkte des kommunalpolitischen Handelns insbesondere in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Dabei stellte sich zunehmend die Notwendigkeit, die Lebens- und Arbeitsbedingungen zwischen Stadt und Land anzugleichen.

Die ersten 20 Jahre nach Kriegsende haben deshalb das Gesicht der Städte und Gemeinden entscheidend verändert. Mit Hilfe von Landesmitteln wurde das Straßen- und Wegenetz in den ländlichen Gemeinden entscheidend verbessert. Die Grundlagen für eine zentrale Trinkwasserversorgung und Abwasserreinigung wurden gelegt. Das Netz weiterführender Schulen wurde auch im kreisangehörigen Raum enger geknüpft. Insbesondere die kreisangehörigen Städte konnten durch Aufbauhilfen des Landes die vorhandenen Kriegsschäden beseitigen. Neue Wohn- und Gewerbegebiete sollten die Wohn- und Arbeitsbedingungen der Menschen im kreisangehörigen Raum besser gestalten.

Aber dennoch blieb die bange Frage, ob die Städte und Gemeinden in ihrem derzeitigen Zuschnitt in der Lage seien, den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Angesichts der großen Städte im Lande gewann zunehmend die Erkenntnis an Raum, daß nur leistungsfähige Städte und Gemeinden in der Lage seien, ihren Aufgaben in Zukunft gerecht zu werden.

3. Die Entwicklung der Spitzenverbände

a) Städtebund

In der weiteren Entwicklung konnten die insbesondere im Städtebund zusammengeschlossenen Städte auf die große Bedeutung der Klein- und Mittelstädte als Kristallisationspunkte für das gesellschaftliche und kulturelle Leben des kreisangehörigen Raumes hinweisen. Die von diesen Städten ausgehenden Versorgungsfunktionen für die umliegenden mehr ländlich geprägten Gemeinden war nicht zu bestreiten.

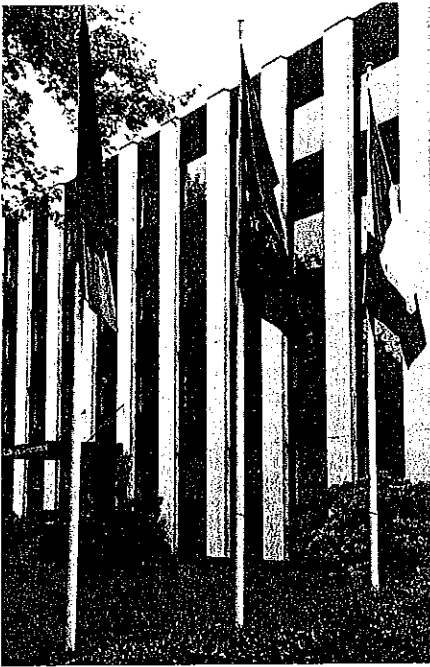
Im Jahre 1951 war Stadtdirektor Hans Horrichs aus Brühl zum Präsidenten des Städtebundes gewählt worden. Ihm folgte 1965 Stadtdirektor Aloys Jost aus Erkelenz. Im Jahr 1962 fand beim Deutschen und Nordrhein-Westfälischen Städtebund ein Wechsel in der Geschäftsführung von Dr. Kurt Kottenberg auf Dr. Hans Albert Berkenhoff statt.

b) Gemeindetag Westfalen-Lippe

Um die Möglichkeiten der Interessenvertretung zu verstärken, verlagerte der Gemeindetag Westfalen-Lippe seine Geschäftsstelle von Datteln nach Düsseldorf. Am 01. Oktober 1962 konnte dort ein neues Verbandsgebäude an der Ceciliaallee bezogen werden. Inzwischen lag die Geschäftsführung in den Händen von Dr. Karl-Heinz Storsberg. Die Präsidentschaft lag seit 1957 in den Händen von Amtsdirektor Meyer zu Hoberge aus Halle/Westfalen, nachdem zwischen 1955 und 1956 Amtsbürgermeister Otto, MdL, den Vorsitz geführt hatte.

c) Gemeindetag Nordrhein

Im Gemeindetag Nordrhein war die Geschäftsführung 1959 von Dr. Josef Göb auf seinen Sohn Dr. Rüdiger Göb übergegangen. In diesem Zusammenhang hatte allerdings der Deutsche Gemeindetag Wert darauf gelegt, die bisherige Personalunion in veränderter Form fortzuführen. Zwar blieb Dr. Rüdiger Göb Geschäftsführer sowohl des Deutschen als auch des Gemeindetages Nordrhein. Der Deutsche Verband bestand jedoch darauf, zwei getrennte Geschäftsstellen einzurichten, was dann auch im Jahre 1960 geschah.



Neuer Sitz des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes seit 1969

Zum Präsidenten des Gemeindetages Nordrhein war im Jahre 1951 der Hürther Gemeindevertreter und Vorsitzende des Innenausschusses des Landtages, Rüdiger Hansen, gewählt worden.

III. Der Übergang zu einschneidenden Reformen

Zu Beginn der 60er, verstärkt zur Mitte der 60er Jahre, gewann das Reformbewußtsein in Nordrhein-Westfalen deutlich an Dynamik.

1. Schulreform

Die Reform von Grund- und Hauptschule stand zunächst im Mittelpunkt. Als Vorstufe zu einer grundlegenden Reform hatte Kultusminister Mikat die Idee sog. Mittelpunktschulen entworfen. Dies verlangte auf kommunaler Ebene ein verstärktes Zusammengehen nicht nur zwischen benachbarten Gemeinden, sondern auch zwischen Klein- und Mittelstädten auf der einen sowie Umlandgemeinden auf der anderen Seite. Von den Kommunalvertretern wurden weitreichende Entscheidungen verlangt. Die althergebrachte Schule am Ort war nach den Reformüberlegungen nicht mehr zu halten.

Unter Kultusminister Holthoff wurde die Volksschulreform zu einer Aufteilung in Grund- und Hauptschule zum Abschluß gebracht. Zahlreiche Kleinstgemeinden waren zur Zusammenarbeit ge-

zwungen. Die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit in der Schulträgerschaft verwischte bisher bestehende Gegensätze zwischen den verschiedenen kommunalen Gebietskörperschaften.

2. Die Anfänge der Gebietsreform

Gleichzeitig begann die Gebietsreform zunächst auf freiwilliger Basis. Eine von der Landesregierung bestimmte Sachverständigenkommission hatte unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände Grundsätze für die kommunale Neugliederung im Lande Nordrhein-Westfalen erarbeitet. Diese Grundsätze orientierten sich an dem zentralörtlichen Gliederungssystem und schafften hiermit die theoretischen Voraussetzungen für eine optimale Verwaltungsstruktur im Lande.

IV. Die Geburtsstunde des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen

1. Fusion der beiden Gemeindetage

Angesichts dieser veränderten Rahmenbedingungen war es nicht verwunderlich, daß die kommunalen Spitzenverbände im Lande näher zusammenrückten. Nachdem ein erster Anlauf aus dem Jahre 1947 nicht zum Erfolg führte, wurde nunmehr die Gelegenheit genutzt, die beiden Gemeindetage im Lande zusammenzuführen. Zwei Umstände waren für eine solche Fusion günstig. Zunächst hatte - wie bereits berichtet - der Gemeindetag Westfalen 1962 ein neues Verbandsgebäude in Düsseldorf bezogen. Auf Seite des Gemeindetages Nordrhein war Ende 1965 der Hauptgeschäftsführer Dr. Rüdiger Göb ausgeschieden, weil er dem Ruf des früheren Präsidenten des Deutschen Gemeindetages, Paul Lücke folgte, um die neugeschaffene Kommunalabteilung im Bundesbauministerium zu übernehmen.

Die Fusionsverhandlungen waren trotzdem nicht immer einfach. Standen sich doch oft zwei Partner gegenüber, die unterschiedliche Auffassungen einer Verbandsarbeit verkörperten. Auf der einen Seite der von Bauernschläue geprägte Präsident des Rheinischen Gemeindetages, Rüdiger Hansen, und auf der anderen Seite der mit den Tugenden eines preußischen Beamten ausgestattete Präsident des Städte- und Gemeindeverbandes Westfalen-Lippe, Hans Liese, seinerzeit Stadtdirektor in Meschede. In den Fusionsverhandlungen kam zwangsläufig der finanzielle Status beider Verbände zur Sprache. Dabei wurde die ausgeprägte

Sparsamkeit der Westfalen deutlich. Als junger Mitarbeiter des Rheinischen Gemeindetages habe ich deshalb Verständnis für die Worte gefunden: „Die Westfalen halten, was die Rheinländer versprechen.“

Der Zusammenschluß beider Verbände wurde am 9. Mai 1967 in der Dortmunder Westfalenhalle vollzogen. In einem Festvortrag vor rd. 2.500 Delegierten umriß Innenminister Willi Weyer die Aufgaben der Gemeinden in Gegenwart und Zukunft. Dabei machte er deutlich, daß das Zurückbleiben der Wirtschaftsstruktur auf dem Lande auch durch den Rückstand der kommunalen Gebietsstruktur begründet ist. Er appellierte deshalb an die versammelten Delegierten der Städte und Gemeinden, leistungsfähige Träger der kommunalen Infrastruktur zu schaffen. Zum ersten Präsidenten der vereinigten Verbände wurde Landtagsabgeordneter Rüdiger Hansen gewählt, zum Geschäftsführer Verbandsdirektor Kurt Busch bestellt.

2. Vereinigung von Städte- und Gemeindeverband und Städtebund

Das Fortschreiten der kommunalen Gebietsreform im Lande Nordrhein-Westfalen zeigte immer deutlicher die Notwendigkeit auf, einen leistungsfähigen kommunalen Spitzenverband für den kreisangehörigen Raum zu schaffen. So war es nicht verwunderlich, daß alsbald nach der Fusion der beiden Gemeindetage Kontakte mit dem Städtebund hinsichtlich einer weiteren Stärkung der kommunalen Interessen für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden aufgenommen wurden. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die Tatsache, daß der Verbandsdirektor des Städte- und Gemeindeverbandes Nordrhein-Westfalen, Amtsdirektor a.D. Kurt Busch, 1968 zum Oberstadtdirektor von Göttingen gewählt wurde.

Es dauerte deshalb nur noch knapp 2 Jahre, bis auf einer Mitgliederversammlung von Städte- und Gemeindeverband und Städtebund am 29. Juni 1970 in Düsseldorf, also vor rund 26 Jahren, der Nordrhein-Westfälische Städte- und Gemeindebund aus der Taufe gehoben wurde. Dem damaligen Vorsitzenden des Städtebundes, Stadtverordneter Hermann Scheffler, MdL, konnte der kommissarische Geschäftsführer des Städte- und Gemeindeverbandes, Clemens Dahm, den Beitritt sämtlicher Mitglieder des Städte- und Gemeindeverbandes zu einem neuen Gemeinde- und Städtebund Nordrhein überreichen. Dies war die Geburtsstunde des neuen kommunalen Spitzenverbandes, dessen Bildung der Städtebund durch

eine Änderung des Namens freigemacht hatte.

Für die neue Geschäftsstelle stand neben dem Gebäude des Städte- und Gemeindeverbandes auf der Cecilienallee das 1969 bezogene Städtebundhaus auf der Kaiserswerther Straße 199/201 zur Verfügung. Bei der Einweihung dieses Gebäudes im Jahre 1969 hatte der damalige Minister für Bundesangelegenheiten, Dr. Diether Posser, bereits die Frage aufgeworfen, ob die herkömmliche Organisation gemeindlicher Interessenvertretungen - der kreisfreien Städte im Städtetag, der kreisangehörigen kleinen und Mittelstädte im Städtebund sowie der übrigen kreisangehörigen Gemeinden und Ämter im Städte- und Gemeindeverband - noch zweckmäßig ist. Es ist bemerkenswert, daß die Verantwortlichen in Städtebund und Städte- und Gemeindeverband so schnell den Herausforderungen an eine starke kommunale Interessenvertretung gefolgt und damit dem kreisangehörigen Raum einen wirksamen Vertreter kommunaler Interessen gegeben haben. Zum ersten Präsidenten des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes wurde der Stadtdirektor von Bergkamen und frühere Bundestagsabgeordnete Alfred Gleisner gewählt. Sein erster Stellvertreter wurde der Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete Willi Pieper aus Emmerich. Zum Geschäftsführer des fusionierten Verbandes wurde Dr. Hans Albert Berkenhoff bestellt.

Darüber hinaus gibt es einen Mann, der dem Präsidium des Verbandes von der ersten Stunde bis heute über 25 Jahre angehört, nämlich Stadtdirektor Heinrich Römer aus Stolberg

3. Zusammenschluß von Deutschem Städtebund und Deutschem Gemeindetag

Die Konzentration der kommunalen Kräfte auf der Ebene der Verbände wurde schließlich abgerundet durch einen Zusammenschluß des Deutschen Gemeindetages und des Deutschen Städtebundes mit einer gemeinsamen Hauptgeschäftsstelle in Düsseldorf, die zugleich Geschäftsstelle des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes ist. Der erste Präsident dieses neuen Bundesverbandes wurde der unvergessene Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen. Zum ersten Vizepräsidenten wurde der damalige Wiehler Stadtdirektor, Dr. Horst Waffenschmidt, gewählt. Damit wurde auch für die Bundesebene die Vertretung kreisangehöriger kommunaler Interessen verstärkt. Die im Deutschen Städte- und Gemeindebund zusammengeschlossenen Mitgliedsverbände verkörperten insgesamt rd. 33 Mio Einwohner. Das ist die Hälfte der Einwohner der früheren Bundesrepublik Deutschland. Abschließend soll die nach-

folgende Übersicht die Namen der Präsidenten und Geschäftsführer des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemein-

debundes sowie seiner Vorgängerverbände von 1945 - 1996 festhalten.

Präsidenten und Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes sowie seiner Vorgängerverbände

a) Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund

Präsidenten

11.01.1971 - 10.09.1973	Stadtdirektor Gleisner, Bergkamen
10.09.1973 - 01.10.1975	Bürgermeister Scheffler, Hohenlimburg
01.10.1975 - 20.01.1983	Stadtverordneter Erberich, Moers
20.01.1983 - 23.01.1985	Stadtdirektor Ferlings, Paderborn
23.01.1985 - 01.07.1987	Stadtverordneter Erberich, Moers
01.07.1987 - 23.11.1989	Stadtdirektor Ferlings, Paderborn
23.11.1989 - 01.07.1992	Stadtverordneter Erberich, Moers
ab 01.07.1992	Bürgermeister Leifert, Drensteinfurt

Geschäftsführer

01.01.1971 - 31.12.1977	Dr. Hans Albert Berkenhoff
01.01.1978 - 31.07.1994	Dr. Peter Michael Mombaur
ab 01.12.1994	Friedrich Wilhelm Heinrichs

b) Städte- und Gemeindeverband Nordrhein-Westfalen

Präsident

01.07.1967 - 31.12.1970	Gemeindevertreter Rüdiger Hansen, MdL, Hürth
-------------------------	--

Geschäftsführer

01.07.1967 - 30.11.1968	Verbandsdirektor Kurt Busch
01.12.1968 - 31.12.1970	Erster Beigeordneter Clemens Dahm (kommissarisch)

c) Nordrhein-Westfälischer Städtebund

Vorsitzende

1946 - 1951	Bürgermeister a.D. Breuer, Werden
1951 - 30.11.1965	Stadtdirektor Horrichs, Brühl
10.12.1965 - 05.01.1967	Stadtdirektor Jost, Erkelenz
05.01.1967 - 29.03.1967	Bürgermeister Bäumer, Velbert
29.03.1967 - 11.01.1971	Stadtverordneter Scheffler, Hohenlimburg

d) Gemeindetag Westfalen-Lippe

I. Vorsitzende/ Präsident

1947 - 1955	Amtsdirktor Rautenberg, Blankenstein/Ruhr
1955 - 1956	Amtsbürgermeister Otto, MdL,
1957 - 1965	Amtsdirktor Meyer zu Hoberge, Halle/Westf.
1965 - 30.06.1967	Amts- und Stadtdirektor Liese, Meschede

Geschäftsführer

1947 - 1958	Verwaltungsrechtsrat Dr. Walter Odenbreit
1958 - 1966	Verbandsdirektor Dr. Karl Heinz Storsberg
1966 - 30.06.1967	Verbandsdirektor Kurt Busch

e) Gemeindetag Nordrhein

Vorsitzende

1946 - 1951	Bürgermeister a.D. Nücker, Bonn
1951 - 30.06.1967	Gemeindevertreter Rüdiger Hansen, MdL, Hürth

Geschäftsführer

1947 - 1959	Dr. Josef Göb
1960 - 1965	Dr. Rüdiger Göb
1965 - 30.06.1967	Clemens Dahm (kommissarisch)

An der Spitze des Verbandes seit 1971

25 Jahre Nordrhein-Westfälischer Städte- und Gemeindebund: Anlaß für einen Rückblick auf die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer, die die Geschicke des Verbandes maßgebend beeinflußt haben und heute beeinflussen. Das Präsidium des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes wählte am 11. Januar 1971 Alfred Gleisner, damals Stadtdirektor von Bergkamen zum ersten Präsidenten des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes. Zuvor hatten sich der Städte- und Gemeindeverband Nordrhein-Westfalen und der zum NWStGB zusammengeschlossen. Gleisner, Jahrgang 1908, widmete sich kurz nach Ende des 2. Weltkriegs bereits dem Aufbau eines demokratischen Staates. Von 1947 bis 1951 gehörte er dem Landtag NRW an, von 1949 bis 1959 dem Deutschen Bundestag. Für seine Verdien-

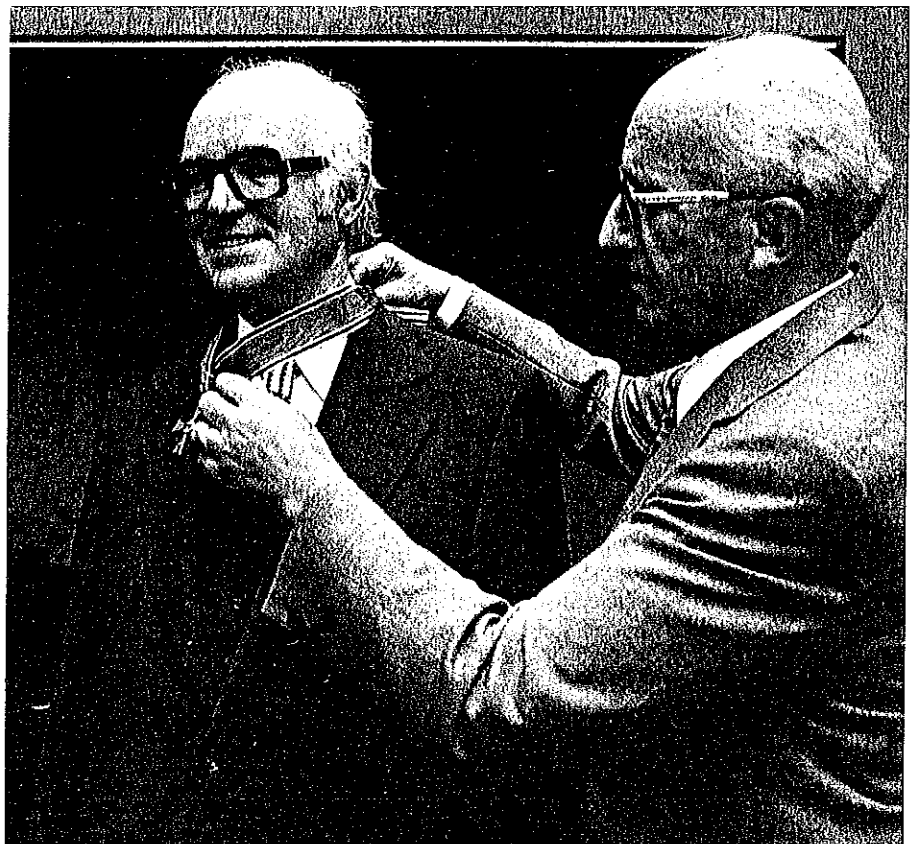


Alfred Gleisner

ste um Bergkamen wurde Gleisner das Ehrenbürgerrecht verliehen. Seine Amtsperiode als Präsident des NWStGB war wesentlich geprägt von der Diskussion um die kommunale Neugliederung in Nordrhein-Westfalen. Bei seiner Verabschiedung wurde Gleisner gewürdigt als „ein Mann, dem kommunale Selbstverwaltung nicht ein leeres verfassungsrechtliches Dogma ... war, sondern der die Aufgabe der Gemeinde in der Zukunft klar erkannte und daraus die Forderungen für die Weiterentwicklung des Gemeinderechts zu ziehen bereit war.“

Nachfolger von Alfred Gleisner im Amt des Präsidenten des NWStGB wurde am 10. September 1973 Hermann Scheffler, Bürgermeister von Hohenlimburg und Mitglied des Deutschen Bundestages sowie Präsidiumsmitglied im DStGB. Scheffler war seit 1960 Landesgeschäftsführer der SPD in Nordrhein-Westfalen und von 1962 bis 1966 und von 1968 bis 1970 Mitglied des Landtages NRW.

Zwei Jahre später nach seiner Wahl zum Präsidenten schied Scheffler bereits wieder aus seinem Amt aus. 1975 wurde



Hermann Scheffler mit Ministerpräsident Heinz Kühn

im Rahmen der Gebietsreform die Stadt Hohenlimburg in die kreisfreie Stadt Hagen eingegliedert, infolgedessen schied Hermann Scheffler aus seinem kommunalen Ehrenamt und aus den Gremien des Nordrhein-Westfälischen und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes aus. „Scheffler erkannte frühzeitig die Notwendigkeit, die gebietliche Neuordnung in NRW durch funktionale Reformen zu ergänzen. Im engen Zusammenhang damit standen seine Bemühungen, die sich im kommunalen Raum vollziehenden strukturellen Änderungen auf der Ebene der kommunalen Spitzenverbände nachzuvollziehen. Der Zusammenschluß von Städtebund und Städte- und Gemeindeverband im Lande NRW sowie des Deutschen Gemeindetags mit dem Deutschen Städtebund ist wesentlich auf seine Bemühungen zurückzuführen“, hieß es in der Würdigung im „Städte- und Gemeinderat“. 1976 erhielt Hermann Scheffler das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Rudolf Erberich, Stadtverordneter der Stadt Moers und Mitglied im Landtag, wurde am 1. Oktober 1975 vom Präsidium des NWStGB zum Nachfolger von Hermann Scheffler im Amt des Präsidenten gewählt. 1956 wurde Rudolf Erberich in den Rat der Stadt Moers gewählt und war von 1964 bis 1971 stellvertretender Bürgermeister. Rudolf Erberich ist Träger des Ehrenringes der Stadt Moers. Über 20 Jahre bestimmte Rudolf Erberich als Präsident und Vizepräsident die Politik des NW Städte- und Gemeindebundes. Er war zugleich Mitglied des Präsidiums und des Hauptausschusses des DStGB. Erberich setzte sich besonders für die politische Vertretung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Land ein. Der



Dr. Hans Albert Berkenhoff mit Bundeskanzler Helmut Schmidt

anerkannte Stellenwert des NWStGB in der Landespolitik ist wesentlich von Rudolf Erberich mitgeprägt worden.

Im Januar 1983 wurde Wilhelm Ferlings erstmals zum Präsidenten des Verbandes gewählt. Seit 1972 war der damalige Stadtdirektor von Paderborn bereits Mitglied im Präsidium des NW Städte- und Gemeindebundes. Nach dem Jura-Studium begann Ferlings seine berufliche Tätigkeit von 1959 bis 1962 beim Regierungspräsidenten Detmold. Von 1962 bis 1969 war er als Referent im Kultusministerium NW tätig. 1969 wechselte er nach Paderborn, wo er zunächst als stell. Stadtdirektor und ab 1971 als Stadtdirektor die Verwaltung leitete. Sein besonders Augenmerk galt einer verbesserten Finanzausstattung der Städte und Gemeinden und der Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung.

Albert Leifert wurde im Februar 1992 vom Präsidium des NWStGB zum Nachfolger von Rudolf Erberich gewählt. Der neue Präsident ist Bürgermeister der Stadt Drensteinfurt im Münsterland und gehört seit 1985 dem Landtag an. Leifert ist Mitglied des kommunalpolitischen Ausschusses des Landtages. Die Reform der

Kommunalverwaltung, die neue Gemeindeordnung in NRW, Finanzkrise der Städte und Gemeinden, der Umbau des Sozialstaates, die Abwehr immer dichter werdenden staatlichen Vorgaben, sind Themen, die in die Präsidentschaft von Albert Leifert fallen.

Erster Geschäftsführer des neuen Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes war Dr. Hans Albert Berkenhoff. Der 1912 geborene Jurist war nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft zunächst beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf tätig. 1962 übernahm Berkenhoff das Amt des Geschäfts-



Albert Leifert



Rudolf Erberich

führers des NW Städtebundes und des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtebundes. Mit dem Zusammenschluß des Deutschen Städtebundes und des Deutschen Gemeindetages zum Deutschen Städte- und Gemeindebund im Jahre 1973 wurde Dr. Hans Albert Berkenhoff ebenfalls Geschäftsführer des neuen DStGB. Ebenfalls 1973 wurde Dr. Berkenhoff das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Sein Wirken als Geschäftsführer des NWStGB und des DStGB sowie deren Vorgängerverbände fiel in eine Zeit großer umwälzender Reformen für Städte und Gemeinden. Sie wurden durch Gebietsreform und Funktionalreform den Erfordernissen eines hochentwickelten Industriestaates sowie der zunehmenden kommunalen Verantwortung für Leben, Arbeit und Umwelt angepaßt. Über den Menschen Hans Albert Berkenhoff schrieb sein Nachfolger Dr. Peter Michael Mombaur 1986 in einem Nachruf: „In seiner Wesensart war Hans Albert Berkenhoff aufrecht und schlicht, kritisch gegen sich selbst, mehr Rechtsgelahrter als Volksmann, kein Schönfärber und kein Schönredner. ein Realist, der sich die Perspektive in die Zukunft nicht verstellte.“

Nachdem Dr. Berkenhoff zum 1. Januar 1978 in den Ruhestand getreten war, übernahm Peter Michael Mombaur die Geschäftsführung des Nordrhein-Westfälischen und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Der Jurist Mombaur leitete zunächst selbständig eine Rechtsanwaltskanzlei, bevor er in den Dienst der



Dr. Peter Michael Mombaur mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem Präsidenten des DStGB Hans Gottfried Bernrath (von rechts nach links).

Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen eintrat. 1969 wählte ihn der damalige Deutsche Städtebund zum Referenten.

In den Folgejahren leitete er als Beigeordneter verschiedene Dezernate. Als Geschäftsführendes Präsidialmitglied übte er sein Amt als Gestalter der Kommunalpolitik und nicht als deren Verwalter aus. Nicht die Wächterfunktion zur Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung lag ihm am Herzen sondern die Fortentwicklung in einer bewegenden und bewegten Zeit. Mombaur erkannte frühzeitig, daß die Plattform hierfür nur bedingt im verfassungsrechtlichen Raum lag. Globale politi-

sche und wirtschaftliche Veränderungen beeinflussen die Kommunalpolitik in einer kleinen nordrhein-westfälischen Gemeinde mindestens ebenso wie die Entscheidungen in den Parlamenten bzw. in den Gerichtssälen.

Er trug die Botschaften der Kommunalpolitik in die Ebene der Wirtschaft, Forschung und der Medien und vermittelte Erkenntnisse für die Führungskräfte in den Städten und Gemeinden. Maßgeblich setzte sich Dr. Mombaur für die Gestaltung der deutschen Einheit ein. So leistete der Nordrhein-Westfälische Städte- und Gemeindebund seinem brandenburgischen Schwesterverband Starthilfe. 1993 erhielt Dr. Mombaur das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. 1994 wurde Dr. Peter Michael Mombaur ins Europäische Parlament gewählt, und er verließ nach 16jähriger Tätigkeit als Geschäftsführer den Verband.

Nachdem Dr. Mombaur ins Europäische Parlament eingezogen war, wählte das Präsidium des NWStGB Friedrich Wilhelm Heinrichs zu dessen Nachfolger. Heinrichs war zuvor bereits als Erster Beigeordneter zugleich stellvertretender Geschäftsführer. 1966 begann Heinrichs als Assessor beim Rheinischen Gemeindetag in Bonn. Als langjähriger Experte für Kommunalfinanzien vertritt er engagiert die Interessen, insbesondere der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, gegenüber Land und Bund. Sein besonderes Anliegen gilt der verbesserten Finanzausstattung der Kommunen vor dem Hintergrund zunehmender Aufgaben.



Friedrich Wilhelm Heinrichs mit Innenminister Dr. Herbert Schnoor